

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 42 (1995)
Heft: 3

Artikel: Gefahren und Hoffnungen am Horizont
Autor: Reinmann, Eduard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-368583>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zentralstelle für Gesamtverteidigung/ETH

Zusammenarbeit auf einer neuen Basis

Auf Ende 1994 musste infolge des Personalabbaus beim EMD die besondere, institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen der ZGV und der ETH Zürich im Bereich der sicherheitspolitischen Grundlagenforschung aufgegeben werden. Damit ging eine Partnerschaft zwischen Verwaltung und Wissenschaft zu Ende, wie sie in dieser Form einmalig war. Der Direktor der Zentralstelle für Gesamtverteidigung hält Rückschau.

HANSHEIRI DAHINDEN

Als im Jahre 1987 Prof. Dr. Kurt Spillmann an der ETH Zürich mit einer Antrittsvorlesung die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse eröffnete, trat er mit der Idee an den soeben ernannten neuen Direktor der Zentralstelle für Gesamtverteidigung (ZGV) in Bern heran, eine enge Zusammenarbeit zu suchen. Der Grundgedanke war ebenso einfach wie plausibel: Sowohl die Forschungsstelle wie die ZGV befassen sich mit Grundfragen der Sicherheitspolitik. Beide müssen das mit minimalen personellen und finanziellen Mitteln tun. Warum also nicht diese Mittel in gewisser Weise zusammenlegen und den ähnlichen Zielen gemeinsam nutzbar machen?

Der Gedanke stiess beim damaligen Chef des EMD, Bundesrat Arnold Koller, nach kurzem Zögern auf Zustimmung. Die ZGV

plazierte einen ihrer Mitarbeiter bei der Forschungsstelle in Zürich; diese stellte zwei Assistenten halbtäglich zur Verfügung. Gemeinsam wurde damit eine kleine Kernstudiengruppe für sicherheitspolitische Fragen gebildet, deren Aufträge in einem Rahmenvertrag allgemein und in jährlichen Zusatzverträgen jeweils konkret umschrieben wurden.

Das Vorhaben war nicht unproblematisch. Würde durch diese Zusammenarbeit nicht die Forschungs- und Publikationsfreiheit des wissenschaftlichen Partners Schaden leiden? Bestand andererseits nicht die Gefahr, dass die ZGV vom «Pfad der Tugend», nämlich von den vom Bundesrat festgelegten Grundlagen der Sicherheitspolitik abweichen könnte?

Glücklicherweise überwog das Vertrauen in die positiven Aspekte einer solchen Zusammenarbeit. Die Partnerschaft zwischen der sicherheitspolitischen Realität und konkreten Gesamtverteidigungsarbeit verpflichteten ZGV und der wissenschaftlich-kreativ tätigen Forschungsstelle führte zu einer Symbiose spezieller Art. Die Forschungsstelle entging der Gefahr, sich nur in theoretischen Sphären der Wissenschaft zu bewegen, die ZGV ihrerseits jener, lediglich in vertrauten Gedankengängen zu verharren. Beide profitierten gleichermassen.

Konkret wurde zum Beispiel eine gemeinsame sicherheitspolitische Dokumentation auf EDV-Basis aufgebaut, ebenso eine Übersicht über die sicherheitspolitische Forschung in der Schweiz und im Ausland.

Gemeinsame Publikationen und Tagungen erlaubten eine breite Diskussion zwischen Experten und Öffentlichkeit über die Weiterentwicklung der Sicherheitspolitik. Die Kernstudiengruppe hatte spezifische Themen zu bearbeiten. Als besonders zweckmässig erwies sich die Zusammenarbeit bei der Vorbereitung des Berichts 90 zur Sicherheitspolitik. Auch wenn der von der Forschungsstelle eingebrachte Vorschlag, die bisher rein machtpolitisch ausgerichtete Sicherheitspolitik auszuweiten, beim Bundesrat aus guten Gründen nicht durchdrang, wurde der Horizont der Sicherheitspolitik durch ihre Einbettung in die allgemeine Existenzsicherungspolitik doch erheblich erweitert. Die gegenwärtig laufende «Umfassende Risikoanalyse», die eine Gesamtbeurteilung aller existuellen Gefahren ermöglichen soll, ist eine Frucht dieser Gedanken.

Wenn nun die besondere Zusammenarbeit zwischen ETH und ZGV auf Ende 1994 aufgegeben wurde, ist das auf äussere Umstände zurückzuführen. Als administrativ dem EMD zugewiesene Stabsstelle muss sich die ZGV am vom Bundesrat dem EMD verordneten Personalabbau solidarisch beteiligen. Die Stelle bei der ETHZ ist die dritte Stelle, die die ZGV abbauen muss. Das ist vor allem deshalb bedauerlich, weil die Früchte der Verbindung mit der ETH jetzt zu voller Reife gelangt wären. Die Zusammenarbeit zwischen ZGV und ETH wird nun wieder im normalen Rahmen wie mit anderen Hochschulen und wissenschaftlichen Instituten gepflegt werden. □

Professor Dr. Curt Gasteyger sprach über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft

Gefahren und Hoffnungen am Horizont

«Vorausschau ist auch Rückblick und nur in der Rückschau lässt sich die Gegenwart begreifen», sagte kürzlich Professor Dr. Curt Gasteyger, Professor für internationale Politik an der Universität Genf. Er sprach zum Thema «Die Welt an der Schwelle zum 21. Jahrhundert – eine politische Standortbestimmung nach dem Kollaps der Nachkriegsordnung». «Zivilschutz» war an diesem Anlass dabei.

EDUARD REINMANN

«Das 20. Jahrhundert war schwierig und es besteht kein Grund, besonders stolz darauf zu sein», sagte Gasteyger. Immerhin ist der Wohlstand ständig gestiegen und für die Menschen mehr Bewegungsfreiheit entstanden. Die dazwischenliegenden zwei Weltkriege und der kalte Krieg nach 1945 sind jedoch kein Ruhmesblatt für die zivilisierte Menschheit. Stark pro-

blembelastet ist der Aufstieg vieler Dritt-welt-Länder in die Unabhängigkeit. Mit der Unabhängigkeit allein ist es allerdings nicht getan, es bedarf auch eigener Anstrengungen. Vielen dieser Länder ist es bis jetzt nicht gelungen, eigene Kräfte zu mobilisieren. Zwiespältig ist auch das Ergebnis des langjährigen Konkurrenzkampfes zwischen Ost und West, der massgeblich zum Ausbau des Wohlfahrtsstaates beigetragen hat. Dessen Kosten werden

heute indessen mit zunehmender Ernüchterung beurteilt. «Wir können uns den heutigen Wohlfahrtsstaat gar nicht mehr leisten», stellte Gasteyger fest.

Die grosse Wende

1989 kam dann der grosse Kollaps mit der politischen und ideologischen Wende in den ehemaligen Oststaaten und mit der Abrüstung, die laut Gasteyger auch wieder eine «sehr kostspielige Angelegenheit ist». Der kalte Krieg hatte allen eine Disziplin aufgezwungen. Man wusste, dass die Strafe auf dem Fuss folgte, wenn man sich nicht an die Spielregeln hielt. Jeder wusste auch in etwa, wo er hingehörte, entweder zur kapitalistischen oder zur kommunistischen Welt. Die Länder der Dritten Welt waren unter «ferner ließen» einzureihen und waren eigentlich nur Schauplatz der Ost-West-Rivalitäten.

Das Jahr 1989 brachte gleich einen doppelten Befreiungsschlag. Vorab einmal war das Ende der «Ismen» gekommen, insbesondere des Kommunismus. Gasteyger: «Es war von enormer Bedeutung, dass wir von dieser Heilslehre befreit wurden, nachdem schon lange zuvor der Faschismus und der Nationalsozialismus ihre Bankrotterklärung abgeben mussten.» Für uns alle völlig überraschend war der zweite Befreiungsschlag, nämlich das Ende der Sowjetunion und damit der grössten Kolonialmacht der Welt. «Mit

dem Ende der Sowjetunion und dem Ende der Machtteilung sind Ost und West nur noch Himmelsrichtungen», bemerkte Gasteyger. «Die Geographie Europas hat völlig neue Dimensionen angenommen. Wir müssen uns erst daran gewöhnen, auf einem Kontinent fast ohne Grenzen zu leben. Wo hört dieses Europa denn überhaupt auf? Vielleicht in Wladiwostok?»

Ernüchternde Bilanz

Gasteyger konnte dieser Entwicklung etliche Pluspunkte abgewinnen. Ein internationaler oder gar globaler Krieg ist keine unmittelbare Gefahr mehr. Heute stützt sich die Macht auf Wirtschaftsstärke und Innovation. Die Reisefreiheit ist nahezu unbegrenzt. Die Wirtschaft kann sich globalisieren.

Aber Probleme gibt es dennoch zu haufen. Eines davon ist die grosse Verschiebung in der Verteilung von Macht und Reichtum. Russland ist in diesem Verteilkampf der grösste Verlierer. Ein anderes ist das Nord-Süd-Konfliktpotential. Die Armen stellen Ansprüche an die Reichen. Es dürfte ohnehin nicht ganz einfach für die reichen Nationen sein, ihren Lebensstandard zu halten. Mit unserer Technologie können wir uns heute zwar noch einen hohen Lebensstandard leisten. Aber in Asien schiessen immer mehr Industrien aus dem Boden, die mit ebenso hoher Technologie bei niedrigen Löhnen arbeiten.

ten. Diesen Vorteil können sie gegen die Konkurrenz ausspielen. Auch die Kapitalstärke ist heute so allgemein zugänglich, dass den traditionellen Industriestaaten dieser Vorteil ebenfalls verloren geht.

Ein anderes Kapitel ist die enorme Bevölkerungsentwicklung in Asien und Afrika. «Was passiert, wenn diese Völker zu reisen beginnen? fragte Gasteyger. Und als anschauliches, wenn auch kaum realistisches Beispiel rechnete er vor: Wenn 0,1 Prozent der Chinesen einen Pfingstausflug in die Schweiz machen, dann sind das 1,2 Millionen. Tatsache ist indessen, dass Europa, die USA und Japan bevölkerungsmässig immer bescheidener werden in ihrer Bedeutung. Umgekehrt proportional verhält es sich mit der Verteilung des Reichtums. «Ob das alles gut geht?» fragte Gasteyger.

Der Staat ist nicht mehr alleiniger Verantwortungsträger

Eine signifikante Entwicklung ist der Verlust des Staates im Gewaltmonopol. Weil die Bedrohungspotentiale (man denke nur an Mafia-Organisationen, die Drogensyndikate und das organisierte Verbrecherum) immer vielseitiger werden, hat der Staat kaum mehr eine Chance, seine Ordnungsfunktion in vollem Umfang wahrzunehmen. Wie eine breit angelegte Untersuchung unter Jugendlichen in Deutschland gezeigt hat, haben die bei ihnen beliebtesten Filme, Bücher und Schriften Horror, Science Fiction und Psychothriller zum Inhalt. Die Politik erscheint erst ganz am Ende der Beliebtheitskala. Diese Erhebung hat – in die Zukunft betrachtet – mehr Brisanz als gemeinhin angenommen wird, ist sie doch Spiegelbild der Gedankenwelt und Handlungsbereitschaft der jetzigen und künftigen Generationen.

Aber wer hält denn Ordnung, wenn der Staat dazu nur noch beschränkt in der Lage ist? Vielleicht die UNO? «Auch die Vereinten Nationen können nur so stark sein, wie ihre einzelnen Mitgliedstaaten dies wollen», schränkte Gasteyger sogleich ein. Immerhin, und das kann nicht positiv genug vermerkt werden, hat die Europäische Gemeinschaft die Hauptkonfliktherde im westlichen Europa ausgeschaltet. Demgegenüber bleiben der Balkan, Russland und der Mittelmeerraum noch während Jahrzehnten Konfliktzonen. «Das Gemeinschaftsdenken hat jene ordnungspolitische Bedeutung, die Frieden und Stabilität gewährleistet», betonte Gasteyger. «Vor uns liegt ein Weg mit vielen Möglichkeiten und Verletzlichkeiten. Nur mit einer breit verteilten Mitbestimmung und Mitverantwortung können wir ihn erfolgreich beschreiten.» □



Curt Gasteyger

Professor für internationale Politik an der Universität Genf. Direktor des «Programme for Strategic and International Security Studies» in Genf. Im leitenden Ausschuss der europäischen Kulturstiftung in Amsterdam. In Vorständen in- und ausländischer Forschungsinstitute. Berater in- und ausländischer Regierungen. Mitarbeiter in- und ausländischer Regierungen.

Curt Gasteyger:
«Die Armen stellen immer mehr Ansprüche an die Reichen.»